

Perspektiven patriotischer Politik

von Henry Nitzsche, MdB



Der Frage, welche Perspektive patriotische Politik in Deutschland hat, müßte man einfach mit dem Satz begegnen: Es spielt keine Rolle, welche Perspektive sie hat, patriotische Politik muß gemacht werden! Damit aber würde man der Frage ausweichen. Blinder Aktionismus hilft nicht weiter, deshalb darf man einige Gedanken auf eine Bestandsaufnahme verwenden.

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Emnid im Auftrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ Anfang August 2007 ergab, daß sich jeder Dritte in Deutschland politisch links positioniert. 34 Prozent der Befragten sagten, sie seien im politischen Spektrum links zu verorten, 52 Prozent ordneten sich selbst der politischen Mitte zu und nur 11 Prozent der Rechten. Unter den Anhängern der SPD fühlten sich 39 Prozent links, bei der FDP 23 Prozent und bei den Grünen sogar 76 Prozent. Für die Mitglieder der ehemaligen SED wurden keine Angaben gemacht, sie wären auch sicher überflüssig. Erschreckend war allerdings auch, daß sich sogar unter den Anhängern der CDU jeder Vierte als Teil des linken politischen Spektrums versteht.

Die Werte dieser Umfrage sind bekanntermaßen die Früchte der fatalen Liaison, die die Parteienherrschaft mit der linken Weltsicht seit den 60er Jahren in Deutschland eingegangen ist. Sollte dieser Trend nicht umgekehrt werden, wird bereits in naher Zukunft die in Deutschland sowieso nur noch marginal vorhandene politische Rechte gänzlich von der Bildfläche verschwinden. Was dann folgt ist nicht schwer vorherzusagen: ein politisches System, dessen alleinige Handlungsmaxime in der Durchsetzung eines linken Meinungsführungsanspruches liegt und welches auch das Prädikat Meinungsfreiheit nicht mehr verdient.

Ausgehend von diesen Umfrageergebnissen wird es auch nur eine Frage der Zeit sein, bis sich die SPD in die Rolle des Führers der linken Mehrheit flüchtet und diese auch im Bundestag über Deutschlands Schicksal entscheidet. Das Engagement des Dreigestirns Steinmeier, Steinbrück und Platzek mit ihrer Empfehlung „Auf der Höhe der Zeit“ zu sein, kann durchaus als letzte Möglichkeit verstanden werden, ein Selbstverständnis, ein Profi I der SPD zu entwickeln, das sie von den ansonsten unwiderstehlichen Anziehungskräften anderer linker Parteien befreit. Die CDU wird erheblich einbüßen. Nicht zuletzt auch, weil das Volk langsam ein Gespür dafür entwickelt, was es bedeutet, wenn eine Partei sich den Staat zur Beute macht. Ein plastisches Beispiel lieferte Berlin. Sachsen wird dem leider folgen. Auf der Suche nach Mehrheiten wird die CDU ihre Angriffsflächen verkleinern und sich nicht mehr auf weltanschauliche Gefechte einlassen. Sie wird den gesellschaftspolitischen Ansatz der politischen Linken mittragen. Vielleicht auch schon deshalb, um keiner Schwarz-(Gelb)-Grünen Koalition im Wege zu stehen. Auch sind die hauptsächlich industriellen Parteienfinanzierer auf eine effiziente Rendite ihrer Spendengelder aus. Gesellschaftspolitik oder gar weltanschaulich-moralische Konstanten haben keine Rolle zu spielen, solange damit kurzfristig keine Mehrheiten mobilisiert werden und eine Regierungsbeteiligung in Aussicht steht. Aber auch jetzt schon ist die CDU in gesellschaftlichen Fragen, in Fragen die eigentlich zum Tafelsilber jeder Partei gehören, zum Spielball ihrer Gegner geworden. Nichts ist vor einer Debatte sicher. Wenn man sich beispielsweise im neuen Grundsatzprogramm in Fragen der Homoehe neu positionieren will, wenn über weitere Zuwanderungen nachgedacht wird und wenn Kirchenväter offen angegriffen werden, beweist es nur, daß man kein Tafelsilber mehr hat. Eine Partei aber, die sich ihren gesellschaftspolitischen Kompaß ständig von ihren Gegnern einnorden läßt, die auch nicht davor zurückschreckt, zugunsten kurzfristiger Wahlerfolge ihre Wertevorstellungen über Bord zu werfen, kann keine Heimat für patriotische Politiker sein. Vielmehr wird der Widerstand der letzten Rechten in der Union beim Umbau zu einer neuen „Bürgerpartei“ eingeplant und stabsmäßig klein- und niedergemacht. Am eigenen Beispiel und am Beispiel Martin Hohmanns ließ sich sogar eine gewisse Freude am Widerstand von Rechten feststellen. Als Abschreckung haben solche Exempel einen höheren Lerneffekt für die Mitglieder als langwierige Meinungsumbildungsprozesse. Jede noch so unsinnige – meistens unpatriotische – Medienkampagne wird durch anheizende Stellungnahmen von CDU-Protagonisten mitgetragen. Dadurch den Angriffen der Gegner zu entgehen, ist keine Rechtfertigung, sondern eine nicht ernstzunehmende Ausrede. Es ist vergebene Liebesmüh, auf Einsicht oder gar auf Weitsicht einer

Führungsclique zu hoffen, die den Meinungsführungsanspruch der 68er-Bewegung als gottgegeben anerkennt und das Stimmungs- und Meinungsbild in der Bevölkerung den linken Massenmedien entnimmt und teilweise sogar von diesen übernimmt. Die CDU bietet also keine Perspektive für patriotische Politik! Diese Partei ist inhaltlich tot und von toten Pferden steigt man ab! Sie vollzieht den suggerierten gesellschaftlichen Linksruck und hat sich damit sogar als wahltaktische Alternative, als Abwehr eines vermeintlich größeren Übels, disqualifiziert. Dadurch vergrößert sich freilich die Lücke auf der rechten Seite zwischen CDU und NPD. Es eröffnet sich – deutlicher als bisher

– ein Handlungs- und Wirkungsfeld patriotischer Politik, die bislang nur von so genannten „Splitter-Rechten“ wahrgenommen wird. Es handelt sich dabei um solche unverbundenen politischen Kräfte, die sich momentan in unzähligen meist irrelevanten Gruppierungen organisieren oder über eine kommunalpolitische Bedeutung nicht hinauswachsen (wollen oder können). Damit ist allerdings festzuhalten, daß die Rechte kein Profi 1-, sondern ein Organisationsproblem hat. Eine Kraft aber, die in ihrer Verfaßtheit nicht eine langfristige Gewähr für die Durchsetzung ihrer Ziele bietet, wird nicht als Wahlalternative wahrgenommen. Perspektivisch wird deshalb auch die Rechte nicht an ihrer Vereinigung vorbeikommen. Mit Kommunalpolitik, so wichtig sie ist, kann man jedenfalls eine falsche Bundespolitik weder aufhalten noch umkehren. Kommunalpolitik ist eine notwendige Zwischenstufe, sie darf aber nicht das Endergebnis sein.

Bevor der Blick auf die schwierige Frage der inneren Verfaßtheit der Rechten fällt, können thematisch-inhaltliche Perspektiven benannt werden.

Thematische Perspektiven

Der thematische Ansatz ist es offensichtlich nicht, der der Rechten Schwierigkeiten bereitet. Groß und breit gefächert sind die Probleme, die etablierte Parteien nicht willens oder in der Lage sind zu lösen. Probleme, die meistens sogar erst durch sie geschaffen wurden.

Einige spontane Beispiele, die sich als Brandherde der deutschen Politik darstellen oder erweisen werden, sind: Bevölkerungspolitik, Schul- und Ausbildungspolitik, Zuwanderung, Islamisierung, EU-Beitritt der Türkei, Wahrung und Sicherung von Hoheitsrechten in der Europa- und Wirtschaftspolitik, Handwerks- und Mittelstandsförderung, Einführung von Volksentscheiden, Schwächung und Überwindung der Parteienherrschaft und Verteidigungspolitik (Reduzierung von Auslandseinsätzen). Ausgehend von dem Bekenntnis zur Familie, zum Volk, zum Vaterland, zum christlich-abendländischen Werteverständnis und der Einsicht, daß die Einhaltung dieser Grundprinzipien zwingende Voraussetzung für sozialen Frieden und den Erhalt unseres Kultur- und Wohlfahrtsstaates ist, lassen sich Antworten und Lösungsansätze auf diese Probleme formulieren, die auch für bislang politikverdrossene Bürger verständlich und attraktiv sind. Patriotismus ist moralisch zwingend, ökonomisch erforderlich, gesellschaftlich notwendig und kulturell unabdingbar!

Daß der Patriotismus zunächst ein theologisch begründeter moralischer Wert (4. Gebot: 2. Mos. 20,12) ist, ließ uns Papst Johannes Paul II. in seinem Buch „Erinnerung und Identität“ (S. 89) wissen: „Das geistige Erbe, das uns vom Vaterland übergeben wird, erreicht uns über unseren Vater und unsere Mutter und begründet in uns die entsprechende Pflicht zur pietas“ (zum Patriotismus). Es ist die Aufgabe moralischer Instanzen, wie beispielsweise der Kirchen und des Elternhauses diesen Wert bewußt zu machen. Aufgabe, Ziel und Außendarstellung patriotischer Politik ist es dann, diesen moralischen Wert auch tatsächlich zur Maxime staatlichen Handelns werden zu lassen. Wahlkämpfe in den USA haben gezeigt, daß auch mit dem Schlagwort „moral majority“ (moralische Mehrheit) Bürger begeistert werden können.

Neben der moralischen Komponente kann man aus dem Patriotismus aber auch völlig wertfreie, praktische und vor allem verständliche Lösungsansätze entwickeln. Der geschäftsführende Redakteur des Manager Magazins Henrik Müller hat in seinem Buch „Wirtschaftsfaktor Patriotismus – Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung“ klargestellt, daß die Herausforderungen der Globalisierung ohne Vaterlandsliebe nicht bewältigt werden können. Es sind schließlich die Volkswirtschaften und damit die Nationen, die sich im weltweiten Wettbewerb als Kollektive behaupten müssen. Auch wird die zwanghafte Verteidigung einer unbedingten Kapitalverkehrsfreiheit in naher Zukunft viele Völker zu Protesten bewegen. Unternehmensgewinne werden durch arbeitende Völker produziert. Warum sollten sich jene ohne Gegenleistung mit einer Abwanderung dieses Kapitals abfinden?

Ein prägnantes Beispiel für eine gesellschaftliche Diskussion, die ohne das patriotische Element nur verkürzt behandelt wird und werden kann, ist die Familienpolitik und die damit verbundene demographische Entwicklung Deutschlands. Der Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg konnte nachweisen, daß ein hoher Lebensstandard keinen Anreiz zum Kinderkriegen darstellt. Die westliche Wohlstandswelt verzeichnet die geringsten Geburtenraten. Auch eine tadellose Familienförderung muß nicht zwangsläufig zu einem dauerhaften Anstieg der Geburten führen. Selbst der DDR blieb – trotz ihrer ausgeprägten Bevölkerungspolitik – ein dauerhafter Erfolg verwehrt. Dies läßt den Rückschluß zu, daß das gesellschaftliche Klima ein wesentlicher Faktor ist. Es sind auch kulturelle Aspekte, die eine kinderfreundliche gesellschaftliche Dynamik befördern: das Gefühl einer positiven Zukunftserwartung und die Sicherheit, die eine Nation mit intaktem Selbstbewußtsein ihren Mitgliedern vermittelt (so Henrik Müller, S. 190). Die Elternschaft beeinflusst die Lebensführung und die finanziellen Möglichkeiten fundamental. Sie ist in der heutigen Zeit gewissermaßen ein riskantes Vorhaben. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zu einer Nation mit positiver kollektiver Identität scheint dazu zu führen, daß Menschen sich eher zutrauen, das Risiko einer Elternschaft meistern zu können. Aber nicht nur, daß der Patriotismus die richtigen gesellschaftsklimatischen Bedingungen zur Familiengründung erzeugen kann, patriotische Politik beinhaltet auch die Pflicht zur praktischen Familienförderung. Weil Eltern der Nation Nutzen stiften, müssen sie unterstützt werden! An diesem Beispiel wird deutlich, daß patriotische Politik nicht nur notwendig ist, sondern daß Patriotismus auch ganz praktisch als Erklärungs- und Herleitungsdogma herangezogen werden kann. Dabei handelt es sich um ein Dogma, dessen Begünstigter immer das Kollektiv, also das Volk ist. Patriotismus ist demnach nichts, was den Bürgern etwas abverlangt. Als unabänderliches Bekenntnis verbürgt er sich auch als Garant für eine konstante und zuverlässige Politik. Alle anderen Interessen stehen unter ihm. Wenn es beispielsweise um die Auslandseinsätze der Bundeswehr geht, kann sich der Bürger darauf verlassen, daß Patrioten dem nicht zustimmen werden. Diese Attraktivität darzustellen, ist eine inhaltlich-thematische Perspektive. Die gegenwärtige Politik läßt dafür eine große Lücke. Patriotische Politik ist also weder gegenstandslos noch überflüssig.

Ein besonders schlagkräftiges, prinzipiell rechtes Thema, das über konservative Kreise hinaus breitere Zustimmung erlangen könnte, ist der Kampf gegen die Islamisierung Deutschlands und Europas. Ein Kampf bei dem in erster Linie mit einer überholten und gefährlichen, weil falsch verstandenen Toleranz aufzuräumen ist. Patriotismus und gemeinsames Werteverständnis muß Ausgangspunkt und Fixstern solcher Diskussionen sein. Ohne Orientierung und Standpunkt wird Toleranz immer falsch verstanden werden.

Einer der die Problematik der Islamisierung anfangs recht erfolgreich aufgenommen hat, ist der Journalist und Terrorismusexperte Udo Ulfkotte. Leider ist es bislang nicht gelungen, dieses Thema in organisatorische Bahnen zu lenken. Es bleibt zu hoffen, daß das hektische und zum Teil unbedachte politische Verhalten der Initiatoren nicht zum Scheitern der Anti-Islamisierungsbewegung und letztendlich zu einer weiteren Zersplitterung des rechten Lagers führt.

Realpolitischer Ansatz und die Intellektualisierung

Bei allen thematischen Perspektiven darf der realpolitische Ansatz aber nicht verlassen werden. Es geht darum, die Themen politisch zu besetzen, nicht bloß ideologisch-intellektuell. Klare Lösungsansätze – klare Worte – klare Aktionen, statt intellektueller Schlaumeier! Freilich setzen die politische Linke und ihre Massenmedien solche Lösungsvorschläge unter einen erhöhten Rechtfertigungsdruck. Diesem Druck nachzugeben und sich damit den Spielregeln der Gegner zu unterwerfen, ist aber unsinnig. Die Kultivierung von rechten „Redezirkeln“ hat dort möglicherweise ihre Ursache. Das Stigma des Rechtsextremismus und die damit verbundene Unterstellung einer „Unmenschlichkeit“ verliert die Rechte auch nicht durch schwer verständliche, „philosophisierte“ Begründungen ihrer Forderungen. Natürlich haben Patrioten Recht – nur müssen es die Bürger verstehen! Es kann nicht allein darum gehen, das Handeln der Linken ideologisch zu widerlegen und dadurch abzulehnen. Wer das denkt, macht keine Politik! Weil die Bürger davon nichts haben, bleiben ideologische Betrachtungen wirkungslos. Politische Gegner lachen sich ins Fäustchen, wenn sog. Konservative mit ihren krampfigen und vergeistigten Selbsterklärungsversuchen übersehen, daß sie sich vom Bürger entfernen, von ihm nicht mehr verstanden werden. Auch nützt eine Patriotismusdebatte und eine Gruppierung von Söder, Mißfelder und Co. im Berliner Café Einstein nichts, wenn sie sich mit ihrem Soziologengequatsche im Koordinatensystem der Gegner mit ihrer vermeintlichen „political

correctness“ versuchen zu bewegen. Das ist vorauseilender Gehorsam. Kurzum: Intellektualisierung ist Flucht – nicht Angriff! Patriotische Politik muß auf Angriff und Attacke gerichtet sein!

Die Vereinfachung bei der Formulierung rechter Lösungsansätze und die thematische Hinbewegung zur Realpolitik ist Voraussetzung für erfolgreiche patriotische Politik. Auch nützen Debattierzirkel nichts, wenn der Bürger nicht daran teilnimmt. Das Wählerpotential wird dadurch aus eigener Kraft nicht vergrößert. Die Hoheit in den „Kneipen“, an den Stammtischen, auf Verbindungshäusern darf uns nicht genügen. Sie birgt vielmehr sogar die Gefahr in sich, den letzten revolutionären Funken zu zerstreuen. Wer viel redet, hält irgendwann Reden für Handeln! Dieses Problem aber haben die „Splitter-Rechten“ freilich unverschuldet. Ohne eine größere Verfaßtheit, die sich dem Bürger als wählbar präsentiert, wird alle Energie in Hinterzimmern verpuffen. Thematische Perspektive und realpolitischer Ansatz sind also mit der Frage der Organisation eng verbunden.

Medienembargo

Das größte Problem patriotischer Politik ist das Embargo der Massenmedien. Wenngleich auch deutlich gemacht werden muß, daß die Geißelung in der Presse, im Funk und Fernsehen nicht prinzipiell schlecht sein muß. Brennende Themen, wie beispielsweise die Moscheenbauten und die Ausländerkriminalität, werden dort gar nicht und wenn, dann jedenfalls nicht mit dem Anspruch auf Lösungen behandelt. Es sind Themen, die die Linke selbst verzapft oder die – in ihrem Weltbild – nicht stattfinden dürfen. Weil sich diese Probleme aber gravierend bei den Bürgern auswirken, entfremden sich Medien und Bürger zunehmend voneinander. Daß vorwiegend linke Politiker zu solchen Fragen Stellung beziehen dürfen und keine Lösungen im Interesse der Bürger ins Auge fassen, kann auch von Vorteil sein. Die Rechte ist insoweit unverbraucht – sie hat für die Bürger noch nicht versagt. Sensationelle Fehlmeldungen, wie von Sebnitz und Mügeln, führen außerdem zu einem erheblichen Vertrauensverlust. Sie verfestigen das Bild vom „Rudeljournalismus“. Mehrere tausend Mügeln haben am eigenen Leib erfahren, daß die Pflicht zur Wahrheit und Wahrheitsfindung eine billige Farce ist. Zur Verfügung stehende Alternativmedien werden das Embargo vielleicht nicht aufbrechen, sollten aber dennoch weiter ausgebaut werden. Was das Internet anbelangt, wäre für eine Vereinigung aller patriotischen Heimseiten (Homepages) unter einem gemeinsamen Dach zu plädieren. Mit einer solchen Bündelung läßt sich einfacher – durch was auch immer – Aufmerksamkeit erregen. Patriotische Projekte sollten sich in keinem Informationsdschungel befinden, den nur Eingeweihte durchsteigen. Selbst wenn dies die gegnerischen Angriffe erhöhen mag. Auch die Straße ist ein probates Mittel zur Transportierung von Meinungen. Nicht unberechtigt kann man auch Hoffnungen auf ausländische Medien stützen. Ein vergleichbares Embargo existiert dort nicht. Sollte sich eine neue Rechte im Europäischen Parlament etablieren, könnten sich deutsche Medien gezwungen sehen, die Berichterstattung ausländischer Medien wenigstens zu kommentieren.

Verwurzelung im Volk und Organisation

Die aber wohl schwierigste und zugleich bedeutendste Frage nach einer Perspektive patriotischer Politik ist die Frage nach der effektivsten Organisation der Rechten. Dazu lassen sich einige Zielkoordinaten aufstellen: Jede politische Kraft ist von der Akzeptanz im Volk abhängig. Demgemäß bedarf es einer Verwurzelung in der Gemeinschaft. Diese Verwurzelung findet thematisch, in erster Linie aber personell über glaubwürdige Menschen statt.

Personelle Verwurzelung meint zunächst regional-soziale Verwurzelung. Dabei ist nicht die Rede von irgendwelchen Luftwurzeln, wie sie auf den Landeslisten der etablierten Parteien zu finden sind. Karrieristen, die der Saaltheorie entsprechend vom Kreißaal über den Hörsaal in den Plenarsaal streben und nie einen Pfennig mit eigener Hände Arbeit verdienten, sind fehl am Platz. Den Wählern sind authentische Personen vorzustellen, die die regionale Mentalität verstehen und bestenfalls die gleiche soziale Herkunft haben. Ein Bayer wird nicht in Berlin punkten, genauso wenig wie ein Sachse in Bremen. Ob dies eine kommunalpolitische Beteiligung voraussetzt, wird wohl bejaht werden müssen: Keine bundespolitische Akzeptanz ohne kommunalen Vertrauensgewinn! Der kommunale Vertrauensgewinn ist Grundbedingung für eine dauerhafte bundespolitische Akzeptanz. Allein landes- oder bundespolitische Ambitionen und Ausrichtungen werden, sollten sie irgendwann Erfolg haben, nicht von Dauer sein. Regionale

Verwurzelung meint damit Kommunalpolitik, erst danach Landes- und Bundespolitik. Der Bürger hat ein Interesse an Beständigkeit und Vertrauen. Auf seinem Wahlschein zur Bundestagswahl orientiert er sich gerade auch an regional bekannten politischen Instanzen. So gesehen sind Initiativen wie beispielsweise „Pro Köln“ auf dem richtigen Weg. Erfahrungsgemäß wuchsen aber leider durchaus erfolgreiche Projekte nicht über eine kommunale Bedeutung hinaus. Das hatte viele Gründe, ein entscheidender Grund dürfte in der Begrenztheit der organisatorischen Möglichkeiten liegen. Eine kleine Gruppe schafft den Sprung nicht aus sich selbst heraus. Sie ist auf inhaltliche und personelle Hilfe angewiesen. Unterstützung, die am Besten von ebenso erfolgreichen kommunalen Initiativen geleistet werden kann.

Das größte Potential wird die Rechte vermutlich im parteipolitisch ungebundenen Mitteldeutschland haben. Nur ist dieser Teil Deutschlands erfahrungsgemäß sensibel, wenn es um Politiker aus den alten Bundesländern geht. Solchen wird wesentlich mehr Charisma, Sachverstand und Einfühlungsvermögen abverlangt, als anderen Politikern, die die Zeit der DDR selbst erlebt haben. Nicht zuletzt darin liegt der Vorteil der SED-Nachfolgerpartei. Im Sinne einer personellen Verwurzelung sollten dort entsprechende Personen präsentiert werden.

Neben der personellen ist auch die thematische Verwurzelung entscheidend. Wie gelingt es der patriotischen Politik ihre Themen dauerhaft in die Öffentlichkeit zu setzen? Ohne die Zuarbeit von Gewerkschaften, vermeintlich wissenschaftlichen Instituten, der Medien, Menschenrechtsverbänden, Bürgerinitiativen usw. ist der Erfolg der Linken nicht denkbar. Sie binden Wählerstimmen an entsprechende Parteien. Diesen Vorfeldorganisationen ist es zudem gelungen, ihre Interessenvertreter in höchst verantwortungsvolle Positionen in die Schaltstellen des Staatsapparates zu bringen. Die politische Linke ist dadurch in der günstigen Lage, Ping-Pong zu spielen. Ihre Interessenvertreter spielen eine Partei thematisch an. Diese Partei muß nur noch punkten. Bei den Spät-68ern und der APO der 80er Jahre waren dies vor allem die Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung. Diese Angabe – um im Ping-Pong-Vergleich zu bleiben – ging an die Grünen. Die LINKE wird von Sozialverbänden und zunehmend von Gewerkschaften angespielt. Während bei den Linken also eine symbiotische Trennung zwischen Vorfeldorganisationen und Parteien besteht, gibt es bei den Rechten augenscheinlich weder eine solche Trennung noch ein wirklich symbiotisches Miteinander. So etwas kann es wohl auch nicht geben, solange sich Vorfeldorganisationen nicht auf eine landes- und bundespolitische Partei oder einige wenige Parteien einigen können. Solange dies nicht stattfinden kann, wird jede Bürgerinitiative mit ihrer monothematischen Botschaft und ihren begrenzten organisatorischen Möglichkeiten, vereinzelt und isoliert zur Wahl antreten. Solange werden auch wissenschaftliche Institute vor Unterstützung zögern und sich bei Wahlempfehlungen bedeckt halten. Damit ist aber zugleich gesagt, daß es rechte Vorfeldorganisationen – mit überaus zugkräftigen Themen – gibt. Diese sind auch in der Lage, ihre Themen in die Öffentlichkeit zu setzen. Nur leider besteht eben das Manko darin, daß es derzeit keine Partei gibt, die landes- und bundespolitisch davon profitieren könnte. Eine Rollenverteilung zwischen Vorfeldorganisationen, Intellektuellen und agierender Partei(en) dürfte aber Voraussetzung für eine – politisch erfolgreiche – thematische Verwurzelung sein. Inwieweit man nun Bürgerinitiativen, Wählervereinigungen und andere Vorfeldorganisationen auf eine Partei einschwören kann, scheint derzeit leider eine schwere Aufgabe zu sein. Vor allem, weil sich keine rechte Partei als nahe liegender Kristallisationspunkt anbietet. Der Innenminister von Brandenburg Jörg Schönbohm hat in der *Berliner Zeitung* die CDU vor der Gefahr einer konservativ-nationalen, nicht „rechtsradikalen“ Partei gewarnt (*Junge Freiheit* vom 14. September 2007). Keine Bürgerinitiative, keine Wählervereinigung wird damit als landes- oder bundespolitische Bedrohung wahrgenommen. Man weiß nämlich, daß darin die Bürger keine Alternative erblicken. Schönbohm beschränkte sich in seiner Warnung auf eine Parteineugründung. Ob dadurch der Durchbruch gelingt, ist eine Überlegung wert. Fest steht jedenfalls, daß eine solche Partei sich der Unterstützung des gesamten rechten Lagers gewiß sein müßte. Warum sollte man ohne diese Bedingungen eine Partei gründen? Man vergrößert dadurch nur das Wahlangebot und leistet einen weiteren Beitrag zum Wettbewerb zwischen patriotischen Kräften. Ohne die Frage beantworten zu müssen, ob durch Neugründung oder schrittweise Zusammenschlüsse sich die Einheit herstellen läßt, können die Voraussetzungen dafür aber schon jetzt geschaffen werden. Alle rechten Organisationen haben neben ihren überwiegend inhaltlichen Übereinstimmungen gemeinsam, daß sie noch keine abgehobene Parteibürokratie herausgebildet haben. Parteikarriereristen kennt die Rechte nicht. Sie ist gewissermaßen eine authentische Basisbewegung. Insofern dürfte es möglich sein, wenigstens die Vereinigungs- und Kooperationsfrage in deren Satzungen aufzunehmen und damit ins verbindliche Bewußtsein zu

rücken. Eine Patriotenklausel! Ähnlich wie die alte Präambel des Grundgesetzes und dessen Artikel 146 mit ihrem Bekenntnis zur Einheit Deutschlands kann so ein Bekenntnis zur Einheit aller Patrioten formuliert werden. Es wäre dann ein satzungsmäßiger Arbeitsauftrag.

Internationale Perspektive und Handlungsnotwendigkeit

Die Perspektive patriotischer Politik wäre unvollständig beschrieben, betrachtete man nicht auch das patriotische Wirken anderer Völker und Nationen. Die Europäisierung und Globalisierung läßt Patrioten aller Länder zusammenrücken. Noch besteht die Welt aus Völkern. Alle haben sich mit den gleichen Problemen auseinanderzusetzen. Der Abbau von politischer Souveränität zugunsten internationaler Instanzen, das Diktat der Weltwirtschaft, die Islamisierung, der Verlust der kulturellen Identität und sittlicher Normen betrifft nicht nur Deutschland. Insofern ist der Begriff „internationale Rechte“ kein Paradoxon. Auch wenn es uns Deutschen kurzfristig nicht gelingen sollte, das eigene Land innenpolitisch auf Kurs zu bringen, so wird der Geist des Patriotismus doch in vielen anderen Ländern lebendig gehalten.

Patriotische Politik darf sich also nicht auf die eigenen Grenzen beschränken. Sie muß zunehmend international werden. Nicht zuletzt weil patriotische Kräfte anderer Länder über parlamentarische Erfahrungen verfügen und diese Kompetenzen zur Verfügung stellen können. Ein weiterer Grund für die verstärkte internationale bzw. europäische Ausrichtung liegt in der Funktionsweise des „zusammenwachsenden“ Europas. Der Deutsche Bundestag ist zum Erfüllungsgehilfen der EU geworden. Der überwiegende Teil der Tätigkeit des Parlamentes besteht in der Durchsetzung von Gesetzgebungsbefehlen aus Brüssel. Mit der institutionellen Stärkung des Europäischen Parlaments wird die Etablierung einer rechten Kraft notwendiger denn je. Eine noch so angebrachte Europaskepsis darf nicht zum Boykott führen. In Brüssel liegt eine Schaltstelle der Macht! Vielleicht kommt von dort irgendwann der Befehl zum Patriotismus. So sind beispielsweise Tendenzen zur Sicherung der Grenzen erkennbar. Dies könnte auch irgendwann die Pflicht zur Reduzierung von deutschen Immigrationsanreizen bedeuten. Patriotische Politik hat damit auch in Europa eine Perspektive.

Vita

Henry Nitzsche wurde am 4. April 1959 in Kamenz geboren. Er ist evangelisch-lutherisch, verheiratet und hat 4 Kinder. Abitur 1977, 1977-1979 Grundwehrdienst bei der Nationalen Volksarmee. Forstfacharbeiter und Töpfer, Studium 1991-1994 in Dresden, diplomierter Verwaltungs- und Betriebswirt. 1993 Mitgliedschaft der CDU, Kreistags- und Landtagsabgeordneter, MdB seit 2002. Am 15. Dezember 2006 wegen parteiinterner Kritik an seinen wiederholten freimütigen Stellungnahmen und Äußerungen aus der Fraktion der CDU/CSU ausgeschieden und somit fraktionslos.